



Newsletter

+++Aktuell+++Aktuell+++Aktuell+++Aktuell+++Aktuell+++Aktuell+++Aktuell+++

Ausgabe Nr. 14/2006
Hannover, 18.12.2006



Frohe Weihnachten und ein glückliches Jahr 2007 wünscht Euch und
Euren Angehörigen - die Newsletter-Redaktion

Einführung des Polizei-Digitalfunks verzögert sich weiter

DPoIG: Deutschland macht es sich als Schlusslicht in Europa bequem

Das Drama um die Einführung des digitalen Funksystems für die Polizei und andere Sicherheitsbehörden in Deutschland nimmt nach Ansicht der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) immer groteskere Züge an. „Nach der Absage der Innenministerien von Bund und Ländern an die Bahn-Tochter DB Telematik als Errichter und Betreiber fühlen sich die Kolleginnen und Kollegen von der Politik verschaukelt! Ständig werden uns Termine für die Einführung des modernen Funks genannt – zuletzt 2010 – die kurze Zeit später wieder ad acta gelegt werden“, sagte Bundesvorsitzender Wolfgang Speck.

„Bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus wollen unsere Politiker den Spitzenplatz in Europa einnehmen. Wenn es jedoch um die konkrete technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden geht, geben sich dieselben Politiker mit dem Platz des Schlusslichtes zufrieden. Und das seit Jahren! Das einzige, was die verantwortlichen Entscheidungsträger bisher vorzuweisen haben, ist die Einrichtung einer Bundesanstalt für den Digitalfunk. Im Bürokratieaufbau lässt sich Deutschland einen vorderen Platz nicht streitig machen!“, so Speck weiter.

Es ist traurige Realität bundesdeutscher Sicherheitspolitik, dass die Funkgeräte älter sind als die Polizeibeamten, die sie benutzen.

Speck: „Wir können nur immer wieder betonen: Die digitale Übertragung von Polizeifunk und Daten ist nicht nur wichtig für das tägliche Einsatzgeschehen und die Bewältigung von Großlagen. Sie ist im Kampf gegen terroristische Bedrohungen unerlässlich, denn die abhörsichere Übertragung von Informationen, Lageplänen usw. ist für die Sicherheitsbehörden dringend notwendig.“

Quelle: DPoIG Bund vom 14.12.2006

Polizei klagt über Gewalt in Amateurligen

Die Polizisten klagen über zunehmende Belastungen durch Gewalttaten in unteren Fußballligen. Es gebe in den unteren Spielklassen immer mehr ausländerfeindliche Vorfälle, Schlägereien und Spielabbrüche, berichtete der **Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Thomas Kliewer**, dieser Zeitung. Immer häufiger würden daher Polizisten zur Sicherung bei Spielen von Amateurmanschaften eingesetzt. „Das ist eine auf Dauer nicht zumutbare Belastung für die Kollegen“, sagte Kliewer. Er verlangte von den Amateurvereinen die gleichen Sicherheitsvorkehrungen, wie sie auch in der Bundesliga gelten. Dazu gehörten der Einsatz von zusätzlichen Ordnern, verschärfte Einlasskontrollen und die Videoüberwachung. Kliewer forderte die Vereine auf, gewalttätige Fans von den Spielen auszuschließen. Sollten Vereine und der Deutsche Fußballverband dazu nicht bereit sein, müsse über eine Beteiligung an den Einsatzkosten der Polizei nachgedacht werden.

Besonders drastisch sei die Lage beim Regionalligisten Kickers Emden. Im Stadion des Vereins würden Polizisten regelmäßig als lebende Schutzschilde zwischen den Fangruppen eingesetzt, weil es im Stadion keine Zäune oder andere Absperrungen gebe.

Am kommenden Mittwoch trifft sich Innenminister Uwe Schönemann zu einem Runden Tisch über Gewalt im Amateurfußball. Der CDU-Politiker spricht dann mit dem Präsidenten des Niedersächsischen Fußballverbandes, Karl Rothermund, Vertretern von Vereinen und Sicherheitsexperten

Quelle: HAZ vom 11.12.2006

Impressum:

DPoIG Niedersachsen - Sedanstraße 18, 30169 Hannover –

Email: kontakt@dpolg.org webadresse: www.dpolg.org

verantwortlich: Knut Hallmann - Email: knut.hallmann@dpolg.org

DPoIG: "Das Internet ist der größte Tatort der Welt" Nur 100 IT-Experten als Vollzeitermittler im Netz

DPoIG Bundesvorsitzender Wolfgang Speck fordert ein Verbot von Killer-Computerspielen im Sinne des Paragraphen 131 des Strafgesetzbuches. "Wir brauchen kein neues Gesetz, wir müssen den bestehenden rechtlichen Rahmen nur voll ausnutzen", sagte Speck der in Berlin erscheinenden Tageszeitung 'Die Welt' (Donnerstagsausgabe).

Damit widerspricht Speck den Plänen des bayerischen Innenministers Günther Beckstein (CSU), der eine Verschärfung des Strafgesetzbuches fordert. Speck hält das Internet "für den größten Tatort der Welt", der es nahezu unmöglich macht, die dort geschehenden Straftaten alle zu ahnden. "Die Spezialisten-Power für diesen Kampf haben wir nicht", zitiert das Blatt den Vorsitzenden der DPoIG. Speck schätzt, dass von den 250.000 deutschen Polizisten gerade einmal 100 ihre gesamte Arbeitszeit in die Verfolgung von Straftaten im Internet investieren. "Eine bessere personelle Ausstattung ist bei der Haushaltslage in den meisten Bundesländern nicht zu schaffen", sagte er.

Der Fall des Amokläufers von Emsdetten zeige die Notwendigkeit eines wirksamen Verbots für Computerspiele. Eine erhebliche Schwierigkeit sieht Speck allerdings darin, vom momentanen Verbotsaktionismus zur effektiven Strafverfolgung zu kommen. Die Tatsache, dass die Anbieter von indizierten Computerspielen häufig im Ausland sitzen, erschwere zudem die Strafverfolgung. Durch elektronische Sicherheitsmaßnahmen der Anbieter sei eine Beweisführung oft schwierig.

Quelle: DPoIG Bund vom 06.12.2006

Koalitionsstreit um Verbot von Killerspielen

Innenminister Uwe Schünemann (CDU) hat mit seinem Vorstoß, schon den Besitz von sogenannten Computer-Killerspielen mit einer Haftstrafe zu ahnden, beim Koalitionspartner FDP heftigen Widerstand ausgelöst. „Der Vorschlag geht zu weit, Herr Schünemann trifft den Kern des Problems nicht“, kritisierte FDP-Fraktionsvorsitzender Philipp Rösler am Mittwoch in Hannover. Schünemann will sich in einer Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass die Verbreitung gewaltverherrlichender PC-Spiele mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft werden kann. Wer derartige Spiele besitzt oder nutzt, soll danach mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden.

„Die Polizei kann hier keine Verbote durchsetzen, das ist die Aufgabe der Eltern“, sagte Rösler. Der Innenminister kriminalisiere durch seinen Vorstoß breite Massen von Computerbesitzern. Rösler schlug vor, dass Schulen und Vereine zusätzliche Angebote außerhalb der Unterrichtszeit anbieten sollten.

Kritik an Schünemanns Initiative kam auch von dem Kriminologen Christian Pfeiffer und der Grünen Jugend Niedersachsen.

Quelle: HAZ vom 14.12.2006

Impressum:

DPoIG Niedersachsen - Sedanstraße 18, 30169 Hannover –

Email: kontakt@dpolg.org webadresse: www.dpolg.org

verantwortlich: Knut Hallmann - Email: knut.hallmann@dpolg.org

Alimentation für Beamtinnen und Beamte mit drei und mehr Kindern zu niedrig Land Niedersachsen muss höhere Gehälter zahlen!

Mit Urteil vom 15. Dezember 2006 stellte das Verwaltungsgericht Hannover fest, dass Beamtinnen und Beamte mit drei und mehr Kindern seit 2005 zu wenig Gehalt gezahlt wird. Es wertete das Jahresgehalt als zu niedrig an, so dass Ansprüche auf eine höhere Alimentation entstehen.

Zwar wird für jedes Kind, das im Monat Dezember familienzuschlagsberechtigt ist, eine Sonderzuwendung von 25,56 Euro für das laufende Kalenderjahr gezahlt; das Gericht sah diese Summe jedoch als unzureichend an.

Im Jahr 2007 wird allen betroffenen Beamtinnen und Beamten eine Sonderzuwendung von 400 € gezahlt. Dies ist im Landtag am 08.12.2006 so beschlossen worden. Der für die Jahre 2005 und 2006 nachträglich zu zahlende Betrag müsste nach unseren Vorstellungen gleich hoch sein.

Der klagende Kollege wird höhere Alimentation nachgezahlt bekommen, aber auch für Euch besteht noch eine Chance:

Bis zum **31.12.2006** kann noch Widerspruch beim NLBV gegen die Höhe der Sonderzuwendung von 2005 eingelegt werden – es eilt also!!

Musterwidersprüche erhaltet ihr bei euren PV Vorsitzenden oder der Landesgeschäftsstelle der DPoIG per Mail kontakt@dpolg.org

Quelle: GLV 12.12.2006

Bonuspunkte für die Pflichtversicherten der Versorgungsanstalt des Bundes und Länder (VBL) für die Geschäftsjahre 2004 und 2005

Zurückliegend hatten wir über die unterschiedlichen Auffassungen im Verwaltungsrat der VBL bezüglich der Gewährung von Bonuspunkten für die Pflichtversicherung informiert und weitere Gespräche mit den Arbeitgebervertretern angekündigt. In der Verwaltungsratssitzung vom 30. November 2006 konnte diesbezüglich eine Einigung erzielt werden.

Dementsprechend erhalten die Pflichtversicherten in den Abrechnungsverbänden West und Ost für das Geschäftsjahr 2005 0,25 Prozent der bis zum 31. Dezember 2005 insgesamt erworbenen Versorgungspunkte als Bonuspunkte zugeteilt.

Für das Geschäftsjahr 2004 bleibt es vorerst dabei, dass keine Bonuspunkte zugeteilt werden. Diesbezüglich sind einige Klagen anhängig. Darüber hinaus haben vereinzelt Versicherte die entsprechenden Versicherungsnachweise für die Geschäftsjahre 2004 und 2005 beanstandet. Vor diesem Hintergrund haben die Gewerkschaftsvertreter gegenüber der VBL eine Verfahrensregelung angeregt. Danach wird zunächst der Ausgang einer höchstrichterlichen Entscheidung über die anhängigen Klagen abgewartet. Je nach Ausgang dieser Prozesse und der nachfolgenden Entscheidungen in den Gremien wird die VBL die Versicherten von sich aus über das Ergebnis informieren. Die VBL hat sich bereit erklärt, hinsichtlich der Versicherungsnachweise für 2004 und 2005 in der Frage der Vergabe von Bonuspunkten auf die Einhaltung der sechsmonatigen Ausschlussfrist für die Beanstandung dieser Versicherungsnachweise sowie auf die Einrede der Verjährung zu verzichten.

Impressum:

DPoIG Niedersachsen - Sedanstraße 18, 30169 Hannover –

Email: kontakt@dpolg.org webadresse: www.dpolg.org

verantwortlich: Knut Hallmann - Email: knut.hallmann@dpolg.org

Damit ist sichergestellt, dass alle Versicherten von eventuellen höchstrichterlichen Entscheidungen zur Zuteilung von Bonuspunkten profitieren, unabhängig davon, ob sie ihre Versicherungsnachweise beanstanden oder Klage erhoben haben.

Damit ist es zur Wahrung der eigenen Rechte nicht erforderlich, dass die Versicherten ihre Versicherungsnachweise 2004 und 2005 beanstanden oder Klage erheben.

Wir meinen, dass mit dem Beschluss des Verwaltungsrates der VBL vom 30. November 2006 eine vorerst für alle Beteiligten zufrieden stellende Lösung gefunden wurde.

Quelle: DPoIG Tarif 06.12.2006

...auch das noch:

Weihnachtsgeschenke zu früh ausgepackt - Zwölfjähriger festgenommen

Eine entnervte Mutter in Rocky Hill (US- Bundesstaat South Carolina) hat ihren zwölfjährigen Sohn von der Polizei festnehmen lassen, weil er seine Weihnachtsgeschenke zu früh ausgepackt hatte.

"Es sollte eine Lektion für meinen Sohn sein", sagte die Mutter der lokalen Zeitung "The State" zufolge.

Sie erwischte ihren Sprössling auf frischer Tat im Haus der Urgroßmutter, als er dort gerade mit dem "Gameboy" spielte, den er zu Weihnachten bekommen sollte.

Daraufhin habe die Mutter die Polizei verständigt: "Er kann nicht sein Leben lang solche Sachen machen und damit davonkommen", sagte die Frau.

Quelle: dpa 06.12.2006

Ende Newsletter 14/2006

Impressum:

DPoIG Niedersachsen - Sedanstraße 18, 30169 Hannover –

Email: kontakt@dpolg.org webadresse: www.dpolg.org

verantwortlich: Knut Hallmann - Email: knut.hallmann@dpolg.org